



Beschlossene Anträge und Resolutionen

Überblick:

I. Resolutionen	3
Resolution 1: „WIE WEITER“	3
1. Die Logik umkehren: Umverteilung von oben nach unten, Einkommen zum Auskommen.....	3
2. Für die Solidarische Gesellschaft.....	3
3. Wohnen ist ein Menschenrecht.....	4
4. Frauen unter Druck.....	4
5. Existenz berechtigt.....	4
6. Für eine soziale Neugründung Europas.....	5
7. Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.....	6
8. Allianzen bilden.....	6
9. 100 Jahre KPÖ, 100 Jahre Republik, 200. Geburtstag von Karl Marx.....	6
Resolution Nr. 2: Zum Ergebnis der Nationalratswahl 2017.....	7
Resolution Nr. 3: Wir fordern den Systemwechsel. Auch im Verkehr!.....	9
Resolution Nr. 4: Geht's den Flüchtlingen gut, geht's uns allen gut.....	11
Resolution 5: Artgerechtes Leben für Tiere.....	12
II. Anträge	14
Antrag Nr. 1: Republikgründungstag als Nationalfeiertag.....	14
Antrag Nr. 2: Bedingungslosens Grundeinkommen (BGE).....	14
Antrag Nr. 4: Änderung des Statuts.....	15
Antrag Nr. 6: Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei.....	15
Antrag Nr. 7: Stärkung der Rechte von intersexuellen Personen.....	16
Antrag Nr. 8: Forcierung der kommunalpolitischen Arbeit.....	16
Antrag Nr. 9: Wiederbelebung der Gruppe red:out!.....	17
Antrag Nr. 13: Kulturpolitik.....	17
Antrag Nr. 14: Diskussion über Verstaatlichung.....	18
Antrag Nr. 15: Erscheinungsbild der KPÖ in der Öffentlichkeit und in Wahlkämpfen.....	18
Antrag Nr. 16: Umgang der KPÖ mit Religionskritik.....	19

I. Resolutionen

Resolution 1: „WIE WEITER“

Antragsteller: KPÖ-Bundesvorstand

Einstimmig angenommen.

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 15. Oktober und die Politik der zu erwartenden Rechtsregierung aus ÖVP und deutschnationaler FPÖ stellt die gesellschaftliche Linke vor große Herausforderungen. Die KPÖ ist dabei bestrebt, durch ihre Politik und zivilgesellschaftliche Bündnisse nicht nur Widerstand gegen die zu erwartenden Angriffe auf soziale und demokratische Rechte zu leisten, sondern diesen in Kämpfen um konkrete soziale Alternativen weiterzuentwickeln.

1. Die Logik umkehren: Umverteilung von oben nach unten, Einkommen zum Auskommen

Bis vor kurzem stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich stetig an und stagniert derzeit bei über 400.000 gemeldeten Arbeitssuchenden. Das ist absolut und relativ die höchste Zahl seit der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dass die Zahl der Beschäftigten ebenfalls steigt und die Arbeitslosigkeit in anderen EU-Ländern noch höher liegt, kann diesen Skandal nicht relativieren. Das ist das Ergebnis von 30 Jahren neoliberaler Politik. Es wächst vor allem die Zahl Atypisch- und Teilzeitbeschäftigter. Immer mehr Menschen, insbesondere Frauen, können nicht von ihrer Arbeit leben. Die Prekarisierung erfasst immer mehr Lebensbereiche.

Die in Österreich von der Gewerkschaftsführung betriebene Sozialpartnerschaft hat sich nicht als Schutz vor dieser Entwicklung erwiesen, im Gegenteil. Jetzt gilt es, die weitere Flexibilisierung und Ausdehnung der "Normal"-Arbeitszeit auf 12 Stunden zu verhindern. Mit zunehmender Automatisierung und Digitalisierung droht ein weiteres dramatisches Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Dagegen anzukämpfen bedeutet Kampf um die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Nutzung des Produktivitätswachstums für höhere Löhne, den Ausbau der öffentlichen Dienste, des Gesundheits- und Pflegewesens, finanziert durch die Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen und durch Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wir wollen eine andere Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld zwischen den Geschlechtern. Wir streben ein bedingungsloses, personenbezogenes Grundeinkommen für alle in existenzsichernder Höhe an.

Wir sagen: Es geht nicht um die Konkurrenz zwischen PensionistInnen und MindestsicherungsbezieherInnen, sondern um eine Umverteilung von Oben nach Unten, es geht um linke, emanzipatorische und feministische Politik, statt rechter und rassistischer Hetze, es geht um Ausweitung der Demokratie statt autoritärer Politik, es geht um einen progressiven Sozialstaat für alle, statt ethnischer, religiöser und kultureller Spaltung.

2. Für die Solidarische Gesellschaft

Selbst der Internationale Währungsfonds erkennt die wachsende soziale Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern der Welt als wichtigsten Faktor der möglichen Destabilisierung der herrschenden kapitalistischen Produktionsweise. Nicht einmal ein Dutzend Supermilliardäre besitzt so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Kaum 500 Großkonzerne beherrschen unter dem Deckmantel des Freihandels Rohstoffe, industrielle Produktion und Handel. Der Finanzkapitalismus, der sich daraus speist, beherrscht die Staatsfinanzen und

plündert die Steuern über die öffentliche Verschuldung. Dieser Herz- und Lungenmaschine der Umverteilung von Unten nach Oben zur Erzielung höchstmöglicher Profite muss der Stecker gezogen werden. Jeder Schritt zur Eindämmung der Macht dieser Konzerne findet die Unterstützung der KommunistInnen, die für eine solidarische Gesellschaft kämpfen. Österreich gehört zu den Ländern in der EU, in denen die Einkommens- und insbesondere die Vermögensverteilung am meisten polarisiert sind. Es geht auch um die politische Schlussfolgerung aus der Erkenntnis, dass der neoliberale Kapitalismus die Welt weder menschengerecht noch naturverträglich macht. Daher sind wir für die Überwindung des Kapitalismus.

3. Wohnen ist ein Menschenrecht

Die KPÖ betreibt seit Mai dieses Jahres eine Kampagne für leistbares Wohnen. Der Mangel an leistbarem Wohnraum stellt sich immer mehr als einer der brisantesten sozialen Brennpunkte heraus. Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Erfolge der KPÖ in der Wohnungspolitik in Graz haben die dort regierenden Rechtsparteien veranlasst, der KPÖ das Wohnungsressort zu entziehen. Nicht zuletzt deshalb hat die Partei sich dafür entschieden, 10.000 Unterschriften für eine parlamentarische Petition zu sammeln, welche die Forderungen der KPÖ – einheitliche niedrigere Mietobergrenzen, Ausbau des kommunalen Wohnbaus, Abschaffung der Maklerprovision für MieterInnen, Abschaffung der Vergebührungspflicht von Mietverträgen und keine Privatisierung öffentlichen Wohnraums – bekräftigen soll. Diese und weitere wichtige Forderungen zum sozialen Wohnbau werden zu einem wohnungspolitischen Programm der KPÖ entwickelt.

4. Frauen unter Druck

Der neoliberale, konservative und rechte Umbau der Gesellschaft bringt Frauen zwischen Ausbeutung und Selbstermächtigung zunehmend unter Druck. Er kämpfte Rechte der Frauenbewegung wie etwa der Schwangerschaftsabbruch geraten unter rechtskonservativen Beschuss. Rückwärtsgewandte Rollenbilder werden ebenso wie karrierebewusste Weiblichkeit ideologisch gestützt. In diesem Widerspruch sind Frauen für unterschiedliche Interessen ausbeutbar. Das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern lässt unter- oder unbezahlte Dienstleistungen von Frauen in der Kinder- oder Altenpflege als selbstverständlich und „natürlich gewollt“ erscheinen. Zeit und Geld sind nicht auf der weiblichen Habenseite zu verbuchen im Gegensatz zur (Haus-) Arbeit, die ungleich verteilt ist und Abhängigkeiten festigt.

Dieses Klima fördert Konkurrenz- und Gewaltverhältnisse und forciert sexistische Erniedrigungen. Im KPÖ-Frauenprogramm heißt es: „Wir wollen die gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen an gesellschaftlichen Entwicklungen. Eine Gesellschaft, in der Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft und anderer – auch unterstellter – Unterscheidungen eingeschränkt, ausgegrenzt und diffamiert werden, kann nur durch umfassende Demokratisierung erreicht werden. (...) Frauensolidarität ist Teil des Selbstverständnisses der KPÖ. Sich positiv aufeinander zu beziehen und einander anzuerkennen, ist unser Anspruch.“

5. Existenz berechtigt

Die Feindbilder der alten und der neuen Regierung sind Flüchtlinge und Migration. Das Schüren von Ängsten, die Gleichsetzung von Flüchtlingen und Migration mit Terrorgefahr und Kriminalität dienen dazu, die österreichische Bevölkerung zur Duldung von Aufrüstung des Bundesheeres, der Polizei und des Überwachungsstaates zu bewegen. Dafür werden zusätzliche Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, während es zu wenig LehrerInnen, ÄrztInnen und Pflegepersonal gibt. Einmal ist es die Burka, ein andermal sind es Doppelstaatsbürgerschaften,

ein drittes Mal sind es die Kinderbeihilfen für nichtösterreichische Familien, mit denen Stimmung gemacht wird.

Aber diese Politik, das Spiel mit Symbolen, löst kein Problem, sondern spaltet die Bevölkerung. Sie erschwert das Leben vieler Menschen und dient als Nebelvorhang, hinter dem Sozialleistungen gekürzt und der Sozialstaat demontiert werden. Die führenden Politiker konkurrieren mit inhumanen Vorschlägen etwa für höhere Mauern und dichtere Zäune, bezeichnen die Rettung von Flüchtlingen als „Wahnsinn“ und fordern die Einrichtung von Internierungslagern in Nordafrika, die auch mit österreichischen Soldaten gesichert werden sollen. Dieser Irrsinn hat Methode. Er bereitet den Boden für den weiteren Aufstieg des Rechtsextremismus und des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft.

Wir sagen: Geht's den Flüchtlingen gut, geht's uns allen gut. Wir brauchen mehr LehrerInnen und den Ausbau des Gesundheitssystems. Wir brauchen gleiche Rechte für alle, die in Österreich leben. Wir brauchen Investitionen in die soziale Infrastruktur, leistbare Wohnungen, billigere und in Perspektive kostenlose Öffentliche Verkehrsmittel, eine Energiegrundsicherung, Pensionen, von denen man/frau leben kann und eine Entwicklung zu einem Grundeinkommen, das die soziale Absicherung bedingungslos gewährleistet.

6. Für eine soziale Neugründung Europas

Der populistische Rechtsextremismus droht sich in Mittel- und Osteuropa zu konsolidieren. Nationalismus und Rassismus finden weiterhin einen Nährboden. Es ist die Politik der europäischen Eliten, Regierungen und Konzerne, die Millionen Menschen in den Ländern der EU aus sozialer Sicherheit, aus Beschäftigung und demokratischer Mitsprache drängen. Die EU ist auf einem Scheideweg: Entweder es gelingt in den einzelnen Ländern und auf EU-Ebene ein radikaler Kurswechsel, der die sozialen und kulturellen Belange der Bevölkerung an die Spitze stellt, oder die Desintegration der EU wird sich beschleunigen und nationalistischen und autoritären Regimes wie in Ungarn oder Polen den Boden bereiten. Einer sozialen Neugründung der EU steht die Politik der herrschenden Eliten entgegen, die auf eine weitere Stärkung der Konzernmacht in Europa, auf eine weitere Militarisierung der Politik der EU nach innen und außen und auf eine weitere Segmentierung der Völker Europas setzen. Eine solche Politik ist auch das Gegenteil der Sicherung des Friedens. Die Kriegsgefahr steigt in vielen Teilen der Welt, wobei die EU-Außenpolitik an vielen Kriegen wie in Syrien, in Afghanistan, aber auch in der Ukraine maßgeblich beteiligt ist. Nicht die Flüchtenden, sondern die Fluchtursachen zu bekämpfen heißt auch, die Kriege zu beenden, mit denen die USA und EU Staaten die Gesellschaften zerstört und zerbombt haben und ein Verbot von Waffenexporten durchzusetzen.

Wir brauchen eine offensive Neutralitätspolitik, die sämtliche Einbindungen in NATO-Institutionen kappt, sich gegen geostrategische und imperialistische Ressourcenkriege richtet und sich anstelle der Militarisierung der EU für ein kollektives europäisches und globales Sicherheitssystem einsetzt, das die bestehenden militärischen Blöcke auflöst und allen Ländern gleiche Sicherheit gewährleistet.

Die herrschenden EU-Eliten bevorzugen als Ausweg aus der Krise der EU ein Europa der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ bei Beibehaltung der bisherigen Richtung. Statt die bestehenden Ungleichgewichte zu verringern, kann eine solche Politik diese nur verfestigen oder weiter vergrößern und die nationalistischen Zentrifugalkräfte antreiben. Ein solches Europa wird zwischen neoliberaler Austeritätspolitik und rechtsextremem Populismus bzw. Nationalismus zerrieben und ist zum Scheitern verurteilt. Es liegt in der Verantwortung der europäischen Linken, einen dritten Pol der demokratischen und sozialen Alternative im Prozess der Integration Europas zu entwickeln, zu dem die KPÖ nach Kräften beitragen will.

7. Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts

Seit dem Regierungsantritt von Donald Trump ist die Welt noch unsicherer geworden. Die neue Administration hat keinen einzigen Krieg, an dem die USA beteiligt sind, beendet. Im Gegenteil: In Syrien wurde erstmals ein massiver Luftschlag, allerdings nicht gegen den IS-Terror, ausgeführt, in Afghanistan die größte „konventionelle“ Bombe abgeworfen und die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel verschärft, neue Sanktionen gegen Russland wurden verhängt und tausende zusätzliche Soldaten nach Afghanistan geschickt. Am Beispiel Trumps zeigt sich überdies die Verlogenheit des Populismus der Rechten. Aus dem Kampf gegen die „Eliten“ wurde ein elitäres Kabinett, dem fast ausschließlich Millionäre, Milliardäre und Banker der Wallstreet angehören. Aus dem Kampf für den kleinen Mann und für die US-ArbeiterInnenklasse wurde das größte Steuerentlastungspaket für Konzerne und Superreiche sowie Versuche zur Liquidierung der allgemeinen Krankenversicherung. Aus der versprochenen Entspannung mit Russland wurde eine neue Konfrontation. Aus der angesagten „Obsoleszenz“ der Nato wurde eine Bekräftigung der Angriffsfähigkeit des Bündnisses, wofür die europäischen „Partner“ mehr zahlen und aufrüsten sollen. Aus „Amerika first“, was viele WählerInnen als Konzentration auf die inneren Probleme der USA verstanden hatten, wurde ein neuer Machtanspruch in der Welt: „Wir wollen Kriege gewinnen“ (Trump).

Die Kräfte des Kapitals, die sich unter dem Dogma des Neoliberalismus gesammelt haben, riskieren eine solche Entwicklung, denn nicht sie, sondern die große Mehrheit der Bevölkerungen, die arbeitenden Menschen, die PensionistInnen, die Jugend, die Frauen werden die Kosten zahlen und die Leidtragenden sein.

8. Allianzen bilden

Das Bestreben der KPÖ, auch mit Wahlallianzen das Stimmgewicht der Linken jenseits von Sozialdemokratie und Grünen zu erhöhen, und die Umorientierung der Jungen Grünen hat für die Nationalratswahl 2017 zur Wahlallianz KPÖ Plus gemeinsam mit AktivistInnen der Jungen Grünen und zahlreichen unabhängigen KandidatInnen auf den offenen Listen der KPÖ geführt. Dies ist trotz des enttäuschenden Wahlergebnisses eine gute Basis für die Fortsetzung der Kooperation sowie für deren Ausweitung mit dem Ziel, politisch in relevantem Maßstab handlungsfähig zu werden – vor Ort und national, mit Respekt vor den Unterschieden, die sich aus unterschiedlichen Zugängen und Erfahrungen ergeben. Es geht um die praktische Organisation von sozialen, ökonomischen und kulturellen Interessen bzw. Alternativen vor Ort. Wir kämpfen für eine Demokratisierung der Wahlsysteme für Bund und Länder. Jede Stimme muss gleiches Gewicht haben, die Vier-Prozent-Hürde für den Nationalrat muss fallen. Das Wahlrecht muss auf der ResidenzbürgerInnenschaft aufbauen, denn immer mehr Menschen, die in Österreich leben, sind vom Wahlrecht ausgeschlossen. Die Schikanen für die Einreichung von Kandidaturen müssen abgeschafft werden.

9. 100 Jahre KPÖ, 100 Jahre Republik, 200. Geburtstag von Karl Marx

Am 3. November 2018 jährt sich das Gründungsdatum der KPÖ zum hundertsten Mal und es ist der hundertste Geburtstag der Republik Österreich. Beide Ereignisse hängen eng zusammen und sind eine Folge der revolutionären Entwicklung im Ergebnis des Ersten Weltkriegs und der russischen Februar- und Oktoberrevolution. Die österreichische ArbeiterInnenschaft hat unmittelbar von der russischen Revolution profitiert: der 8-Stunden-Tag, Urlaub, Krankenversicherung, Mieterschutz, Betriebsrätegesetz und Arbeiterkammern wurden erstritten; das Frauenwahlrecht wurde erkämpft. Bis zum Untergang der Sowjetunion ermöglichte die Systemkonkurrenz weitere große sozialpolitische Fortschritte. Noch ist es in den letzten 25 Jahren nicht gelungen, all dies zu vernichten. Aber es verstärken sich die Kräfte, die – wie in der

Ersten Republik den „revolutionären Schutt“ – heute die sozialen Errungenschaften und den Sozialstaat beseitigen wollen.

Die KPÖ wird den 100. Jahrestag ihrer Gründung würdig begehen und ihren Beitrag zum Marxjahr 2018 leisten. Dieses Jubiläum ist nicht nur Anlass zu feiern, Erreichtes zu würdigen und Verfehltes zu erkennen. Wir wollen aus diesem Anlass auch reflektieren welche Funktion unsere Partei in der aktuellen politischen Lage erfüllt und erfüllen kann, welche Zukunftsbilder und strategische Optionen wir haben, wie wir die Entwicklung unserer Partei sehen und welcher Name zur Partei passt. Der Bundesvorstand wird dazu eine breit und längerfristig angelegte Diskussion einleiten, die alle Mitglieder und Parteigruppen einbindet und in Form unterschiedlicher Diskussions- und Bildungsangebote stattfinden soll. Diese Auseinandersetzung über Selbstverständnis, Identität, Funktion, Entwicklung und Bezeichnung darf allerdings nicht zur reinen Selbstbeschäftigung führen, sondern soll die Partei in ihrer gesellschaftlichen Auseinandersetzung stärken.

Dabei werden auch Dialog und Kooperation mit der KPÖ Steiermark fortgesetzt, mit dem Ziel die gemeinsamen Positionen hervorzuheben und die unterschiedlichen Positionen in Theorie und Praxis in einer konstruktiven und solidarischen Atmosphäre zu bearbeiten. Hierfür soll ein gemeinsamer Fahrplan ausgearbeitet und die jeweils dazu zweckmäßigen Foren vereinbart werden. Unterschiedliche Ansichten zu diversen Positionen darf und wird es weiter geben, ebenso der wechselseitige Respekt dafür. Ziel ist die sach- und kampagnenbezogene Zusammenarbeit zu erweitern und letztlich die Rückkehr der KPÖ-Steiermark in die Bundesstrukturen der KPÖ zu ermutigen und zu befördern.

Resolution Nr. 2: Zum Ergebnis der Nationalratswahl 2017

Antragsteller: Bundesvorstand

Mit 3 Gegenstimmen angenommen.

Das Ergebnis der NRW 2017 entspricht in seiner Konsequenz etwa dem Wahlergebnis von 1999, das zur schwarz-blauen Regierung führte. Die rechts- und rechtsextremen Parteien hatten damals, obwohl nur Zweit- und Drittplatzierte, eine stimmenmäßige und parlamentarische Mehrheit, die sie zur Regierungsbildung ausnutzten. Die Folgen der schwarz-blauen Regierung sind bekannt und wirken bis heute nach: Privatisierungen im Bereich der Infrastruktur und bei Wohnungen, Pensionsgegenreform, Milliarden für die Eurofighter und Milliardenpleite der Alpe-Adria-Bank und zahlreiche Korruptionsfälle.

Das Ergebnis der diesjährigen Wahl ist eine Fortsetzung des Rechtstrends und des neoliberalen Kurses, allerdings verbunden mit neuen und größeren Gefahren für den bereits angegriffenen Sozialstaat und die politische Kultur im Land.

- Erstens sind die parlamentarischen Kräfteverhältnisse durch das Abrutschen der SPÖ auf den zweiten Platz und das Ausscheiden der Grünen für die Rechte noch günstiger als vor 17 Jahren.
- Zweitens gibt es mit den Neos eine Verfassungsmehrheit, die den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu beschleunigen droht. Das betrifft vor allem die Stellung der Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung der arbeitenden Menschen, aber auch das Umlagesystem der Sozial- und Pensionsversicherung und die Selbstverwaltung.

- Drittens sind alle im Parlament vertretenen Parteien nach rechts und die populistische politische Agenda mitsamt rassistischem Grundton in die Mitte der Gesellschaft gerückt.
- Viertens findet die Rechtsentwicklung für sie günstigere Rahmenbedingungen in Europa vor. Eine außenpolitische Orientierung an den autoritären Regimes in Ungarn und Polen ist, geht es nach Kurz und Strache, nicht auszuschließen, angesichts der Wahlergebnisse in Tschechien sogar wahrscheinlicher geworden.
- Fünftens besteht die Gefahr, dass die Rechtsregierung Mechanismen der „direkten Demokratie“ gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen instrumentalisiert und für die Verstärkung autoritärer Tendenzen der Herrschaftsausübung nutzt, wie sie letztlich auch im „Sicherheitspaket“ des Minister Sobotka zum Ausdruck kommt.

Das deutsche Wochenblatt „Die Zeit“ brachte die Situation auf den Punkt: „Denn die Agenda, der Kurz seinen Wahlsieg verdankt, besteht hauptsächlich aus einer restriktiven Flüchtlingspolitik, die sich ganz an dem Kurs der nordöstlichen Nachbarstaaten orientiert ... Für die Volkspartei entpuppte sich das Thema als Wunderwaffe, der die Genossen (der SPÖ) nur wenig entgegensetzen konnten. Der künftige Regierungschef wird auch weiter darauf setzen, weil dadurch sein eigentliches Ziel, den sozialdemokratischen Versorgungsstaat zurückzudrängen, überschattet wird und leichter umsetzbar wird.“ Das Ergebnis könnte die bereits von Haider angestrebte „Dritte Republik“ sein.

Mit der Wahlplattform KPÖ PLUS haben wir trotz beschränkter finanzieller Möglichkeiten einen äußerst intensiven Wahlkampf geführt, der befeuert wurde durch das Zusammenwirken mehrerer unterschiedlicher politischer Kulturen, sprich durch das Engagement hunderter AktivistInnen aus dem Bereich der KPÖ, der Jungen Grünen und Unabhängigen. Unsere mediale Präsenz hat eine bisher ungeahnte Dichte und Reichweite erreicht, entschieden mehr Menschen als in den Wahlgängen der vergangenen Jahre haben uns ihre offene Wertschätzung entgegengebracht.

Dennoch haben wir am Wahlabend Stimmen verloren, wenn auch in unterschiedlichen Ausmaß in der Mehrheit der Bundesländer. In Vorarlberg, Tirol und Salzburg gab es dagegen leichte Stimmengewinne. Die Kluft zwischen der Zustimmung im Wahlkampf und der Entscheidung in der Wahlkabine ist größer geworden. Die SPÖ hat trotz ihrer Anbiederung an rechte Stimmungen viele Stimmen von über den Rechtstrend besorgter Menschen gewonnen, auch solcher, die uns im Grunde politisch zustimmen, aber sich diesmal - bzw. wieder - nach dem Argument der verlorenen Stimme richteten. Die 4% Hürde wirkt in diesem Sinne wie ein Fallbeil, um linke Stimmen auszugrenzen. Dazu kommen die gekauften Umfragen, die als manipulatives Wahlkampfinstrument eingesetzt werden.

Wir stehen vor der Aufgabe, möglichst breite gesellschaftliche Bündnisse vor Ort zu schaffen, in Bezirken und Städten, mit dem Ziel, alternative Interessen gegen den antisozialen und rassistischen Trend zu organisieren, uns lokal zu verankern bzw. bestehende lokale Verankerungen zu stärken, ohne dabei unser Engagement auf nationaler und internationaler Ebene zu verringern. Auf diese Weise können wir in Perspektive die Kluft zwischen Zustimmung im Wahlkampf einerseits und dem Wahlverhalten andererseits schließen. Das wichtigste Ergebnis des Wahlkampfs macht uns dabei zuversichtlich, nämlich mit KPÖ PLUS eine neue, hohe Qualität des Zusammenwirkens unterschiedlicher Zugänge erreicht und das grundsätzlich systemkritische Potential verstärkt zu haben.

Die im Wahlkampf geübte und bewährte Kooperation wird von allen Beteiligten als längerfristige Perspektive aufgefasst und soll in den bevorstehenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und bereits 2018 anfallenden Wahlgängen in mehreren Bundesländern praktisch wei-

terentwickelt und verbreitert werden. Es können gemeinsame Projekte entwickelt und noch unzureichend bearbeitete politische Fragestellungen besprochen werden. Die zu erwartende Politik der neuen Regierung macht eine solche Orientierung notwendig und möglich.

Resolution Nr. 3: Wir fordern den Systemwechsel. Auch im Verkehr!

Antragsteller: Bundesvorstand

Mit 7 Gegenstimmen angenommen.

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaften im globalen Norden ist bis heute eng mit bestimmten Transport- und Verkehrsmitteln verbunden. Dominierte zuerst lange die Eisenbahn, wurde sie im 20. Jahrhundert durch Automobil, Lastkraftwagen, Flugzeug und Schiff als wichtigste Transportmittel für Menschen und Güter abgelöst. Die damit einhergegangene Globalisierung, Individualisierung und Privatisierung der Mobilität zeigt zerstörerische Wirkungen für Mensch und Umwelt, die heute nicht mehr zu übersehen sind. Die Ausdehnung der Mobilitätsformen des globalen Nordens auf den gesamten Planeten würde die Zerstörung der Lebensgrundlagen im globalen Maßstab bedeuten. Außerdem geht dieser Transport- und Lebensweise schön langsam (oder doch schneller als geglaubt) der Treibstoff aus und brauchbare und ökologisch tragbare Alternativen werden in weit zu geringem Ausmaß wahrgenommen bzw. zur Geltung gebracht. Das Elektroauto löst dabei keine Probleme, sondern stellt nur die zeitliche Verlängerung des alten Mobilitätssystems dar.

Wir brauchen jedoch auch im Verkehr einen Systemwechsel! Wir brauchen solidarische, sozial und ökologisch verträgliche und vertretbare Formen wie und was wir produzieren, konsumieren und schließlich auch wie wir uns und Güter fortbewegen!

Für uns steht deshalb die „Vergesellschaftung“ in Form eines sinnvollen, auf das menschliche Maß reduzierten, Verkehrs durch öffentliche und ökologisch verträgliche Transportmittel im Zentrum!

Wir sind für eine „Frei(e) Fahrt für freie BürgerInnen“ auf eine andere, neue Art! Deshalb erheben wir ein paar konkrete Forderungen mit welchen der Systemwechsel im Verkehr gelingen kann:

1. Verkehr vermeiden statt immer mehr produzieren! Weniger Verkehr durch einen ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft: Wir brauchen eine andere Wirtschaft, ohne Wachstum, Konsum und Transport auf Kosten der Menschen und Umwelt!
2. Eine andere Raum- und Stadtplanung um „verkehrten“ Verkehr zu vermeiden. Öffentlicher Raum für Menschen und nicht für Autos!
3. Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Reduzierung des Transitverkehrs.
4. Verlagerung des verbleibenden Güterverkehrs von der Straße auf andere und nachhaltigere Transportformen, v.a. auf die Schiene. Mehr Kooperation statt Wettbewerb im Güterverkehr.
5. Schluss mit der Kostenlüge: Kostenwahrheit im Verkehr, z.B. im Gütertransport durch Einführung einer flächendeckenden LKW-Maut.
6. Vorrang für den öffentlichen Verkehr! Erweiterung des Öffi-Angebots und bessere Fahrpläne auch zu den Tagesrandzeiten und am Wochenende. Einführung eines österreichweiten vernetzten integrierten Taktfahrplanes bei Bahn und Bus. Öffentliche Mobilität für alle durch Einführung österreichweiter Mindeststandards für Bedienung in der Fläche – nach Schweizer Vorbild. Keine „weißen Flecken“ mehr in der ÖV-Land-

schaft, wie in ländlichen Regionen, wo große Landstriche – wenn überhaupt – nur mehr mit auf die Schulzeiten ausgerichteten Busverbindungen erreicht werden können!

7. Auto-Stellplatzverordnung streichen. Errichtung von bequemen und sicheren bzw. witterungsgeschützten Fahrradabstellanlagen fördern.
8. Richtschnur bei Errichtung neuer Wohnbauten oder Betriebsstätten: Die nächste Haltestelle des öffentlichen Verkehrs sollte nicht weiter entfernt sein als der mögliche Parkplatz fürs Auto.
9. Verkehrserregerabgabe z.B. für Einkaufszentren einführen! Keine Errichtung von Einkaufszentren ohne gute öffentliche Verkehrsanbindung!
10. Österreich ist das Land der Autobahnen. Deshalb: Keine neuen Hochleistungsstraßen und Transitschnisen! Baustopp neuer Autobahnen, wie z.B. Westring (A26) in Oberösterreich oder der Lobau-Autobahn in Wien/Niederösterreich. Nein zur geplanten Waldviertelautobahn!
11. Tempolimit für weniger Schadstoffausstoß: 80/110 km/h Höchstgeschwindigkeit auf Bundesstraßen und Autobahnen! 30 km/h in Ortsgebieten.
12. Reduktion des Tempos in Orten und Städten durch Straßenrückbau bzw. Verringerung der Verkehrsflächen für den Autoverkehr.
13. Zusätzliche Besteuerung von SUV und anderen schwergewichtigen, spritfressenden und platzraubenden Fahrzeugen im Individualverkehr. Fahrverbote für SUV in kleinstädtischen Stadt- und Ortsstrukturen.
14. Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene fördern! Die Entwicklung der Bahn wieder gesamtheitlich als System von Haupt- und Nebenbahnen. Wiederbelebung des Einzelwagenladungsverkehrs bzw. Ausbau der Anschlussbahn- und Terminalförderungen. Keinen Ausverkauf der Regionalbahnen durch die ÖBB!
15. Regionalbahnen in Österreich modernisieren, reaktivieren und ausbauen! Weitgehende Elektrifizierung der Regionalbahnstrecken!
16. Keine weitere Zerschlagung des vormals einheitlichen Unternehmens ÖBB! Auch keine Filetierung zur Vorbereitung einer Teilprivatisierung! Städtische Verkehrsunternehmen müssen durch Eingliederung und Rekommunalisierung wieder demokratisch kontrollierbar werden!
17. Beibehaltung der Möglichkeit der Direktvergabe von Leistungen im Personennah- und Regionalverkehr auf der Schiene durch die Länder bzw. die Verkehrsverbünde! Kein Ausschreibungszwang!
18. Eisenbahnen im Besitz der Länder oder ihnen gehörenden Gesellschaften (NÖVOG) müssen erhalten und wo bereits stillgelegt, wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt werden (Donau-Ufer-Bahn, Ybbstalbahn, etc.).
19. Verbesserung der Arbeitsbedingungen für LKW-FahrerInnen inkl. striktere Gesetze und Kontrollen. Verankerung von Qualitäts- und Sozialstandards bei öffentlichen Aufträgen an Verkehrsunternehmen. Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping im Transportsektor
20. Freifahrt im öffentlichen Verkehr! Zumindest als ersten Schritt aber keine weiteren Teuerungen! Stopp der jährlichen Preiserhöhungen bei den Verkehrsunternehmen und bei den Verkehrsverbänden! Stattdessen Abgeltung etwaiger Kostensteigerungen seitens der Verkehrsunternehmen (Personalkosten, Energiekosten) durch höhere Zuwendungen seitens der öffentlichen Hand.

21. Bevorzugung des Rad- und Fußgehverkehrs durch massive Steigerung beim Ausbau der Rad- und Fußwegeinfrastruktur. Radfahren und Fußwege sicherer machen
22. Radikale Reduzierung des Flugverkehrs! Kontinentalflüge durch europaweiten Zugverkehr ersetzen! Keine dritte Start- und Landebahn für den Flughafen Wien-Schwechat!

Resolution Nr. 4: Geht's den Flüchtlingen gut, geht's uns allen gut

Antragsteller: Bundesvorstand

Mit 2 Gegenstimmen angenommen.

„Mindestsicherung Light“ für anerkannte Flüchtlinge, Gesichtsverhüllungsgesetz als Symbolpolitik, Freunderlwirtschaft und regierungsnaher Fonds statt NGOs in der Bildungs- und Betreuungsarbeit. Diese Politik ist mitnichten eine Frage von Zuwanderung oder sogenannter Integration.

Zur Mindestsicherung Light droht Sebastian Kurz: "Jemand, der neu in Österreich ist und noch nie einbezahlt hat, soll nicht ab dem ersten Tag mit dem positiven Asylbescheid die volle Mindestsicherung beziehen." Dies ist ein offener Tabubruch - Anerkannte Flüchtlinge nach Genfer Konvention sind StaatsbürgerInnen rechtlich gleichgestellt. Diese menschenrechtliche Grenzüberschreitung wurde bisher umgangen damit, dass alle Kürzungen, die Flüchtlinge treffen sollen, „Personen, die sich weniger als 5 Jahre in Österreich aufhalten“ betreffen. Und dies ist ein Paradigmenwechsel, der uns alle angeht - Nicht der Bedarf ist Voraussetzung für den Sozialtransfer sondern die Leistung.

Das schon lange schwelende türkisch-schwarze Verständnis von Integration erhält jetzt volle Durchschlagskraft. - Sich integrieren hieß hier immer auch nach herrschenden Vorstellungen zu funktionieren. Und wer nicht funktioniert, der fliegt. Mitgepackt in den Integrationspaketen ist implizit eine Warnung an alle, eine Götze kapitalistischer Gesellschaften, die jederzeit auch von einer sogenannten Minderheit auf Mehrheiten überspringen kann, die plötzlich nicht mehr nur aufenthaltsrechtlich gemeint sein kann: Wer nicht funktioniert, der fliegt. Übertragen auf vielfache Weise.

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung (bMS) darf nun endlich ihr volles Spaltungs- und Repressionspotenzial entfalten. Mit ihr wurde ab dem ersten Tag an den Schwächsten geprobt, was in den Gesetzen ideologisch angelegt ist. Kurz nach deren Einführung 2010 ging es übrigens gegen Obdachlose („unsre Leut“?) – Zur Erinnerung, Menschen, die inkludiert in der bMS 186 Euro Wohngeld bezogen, dann aber in Notschlafstellen übernachteten, wurde ein Teil der Mindestsicherung wieder abgezogen. „Die haben sich das nicht verdient! Die kassierten doppelt! Das ist ungerecht!“ Die bMS hält, was sie versprach: Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme sind einem ständigen Abschaffungs- und Senkungsdruck ausgesetzt, da jederzeit (bewusst) geschürt werden kann, dass einzelne Personen oder Zielgruppen zu Unrecht Transfers beziehen und Nichttransferbeziehende die Leidtragenden(!) wären. Das Recht auf soziale Leistungen kann jederzeit für bestimmte (nach politischer Großwetterlage auch austauschbare) Gesellschaftsmitglieder in Frage gestellt werden.

Beschränkungen, Kürzungen – immer soll auch ein Gewöhnungseffekt eintreten! Auch wenn ich jetzt gerade nicht betroffen bin, die Schraube wird nach unten gedreht. Und das hat dann doch etwas mit mir zu tun. Dieser Wind weht aktuell so rau, dass derzeit nicht einmal mehr die Politik der kleinen Schritte herrscht und der Gewöhnungseffekt langsam sich einnisten soll. – Zeitgleich mit den Kürzungen von Sozialleistungen für Fremde, oder besser mit der Beschneidung von sozialen Rechten, stehen Rechte und Leistungen für alle zur Disposition. Par-

allel zur Streichung der Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte und Flüchtlinge in fast allen Bundesländern wurde die Mindestsicherung für alle Mehrpersonenhaushalte auf 1.500 gedeckelt.

Argumentiert wurde, eine Mehrkind-Familie, die Mindestsicherung bezieht, bekomme zu viel, weil eine Familie mit Allein- oder ZuverdienerInnen im Schnitt weniger habe. Wir müssen diese Gleichung umdrehen! Nicht die bMS ist zu hoch, nein die Löhne sind zu niedrig. Mindestsicherung muss zumindest ihren Namen verdienen!

Aber dem nicht genug! Wer so tut, als müsse nun bei den Aufgenommenen gespart werden, da sonst viele andere ungerecht behandelt würden oder so ähnlich ..., missbraucht die Diskussion wissentlich. Oder wie Gregor Gysi einen selbsternannten besorgten Bürger fragte, dem's auch nicht gut geht: „Als weniger Flüchtlinge da waren, ging's ihnen da besser?“ Gab's da Geld für Soziales, Wohnen, Bildung, Schwimmbäder, ...?

Nein! Nur wenn's den Flüchtlingen gut geht, geht's uns allen gut. Alles andere geht in eine falsche Richtung. Nämlich nach rechts. Denn eigentlich bedeutet nach dieser Logik für unsre Leut doch auch: wenn's wem andern schlechter geht, geht's mir besser. Aber war da nicht mal was? Sowas wie „Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“?

Schon im Sommer 2015, als Flucht, Vertreibung und Aufnahme in aller Munde war, war abzu-sehen: Krankgesparte Systeme können weniger reagieren und 'integrieren' als gemeinwohl-ökonomisch potentere. Wie leicht hätten wir das alles schaffen können! Mit gemeinwohlorientierten, politisch handlungsfähigen Staaten. Mit sozialem Wohnbau, Existenzsicherung für alle, Potenz für Ausbildungsprogramme, professionalisierter – weil gut bezahlter – Betreuung und Begleitung etc. Was wäre, wenn die Milliarden des militärischen Grenzregimes, all die Investitionen in Abschottung und Repression in die Aufnahme von Menschen investiert würden? Oder all die Zeit und Energie in die politischen Lösungen für Kriegs- und Krisenherde? Sei es bei Fragen des Friedens und der Lösung militärischer Konflikte, bei den Fragen globaler Verteilung oder dem solidarischen Kampf um soziale Rechte hierzulande – Spaltung ist nicht die Antwort, schon gar nicht in einer solidarischen Gesellschaft. Geht's den Flüchtlingen gut, geht's uns allen gut!

Resolution 5: Artgerechtes Leben für Tiere

*Antragsteller*innen: KPÖ Weinviertel, Nikolaus Lackner, Rudolf Gabriel*

Mit 39 Stimmen dafür, 16 Stimmen dagegen und 25 Enthaltungen angenommen.

Für die Maximierung von Profiten werden nicht nur Menschen, sondern auch Tiere und die Umwelt immer mehr als Produktionsfaktoren betrachtet und ausgebeutet. Die industrielle Tiernutzung macht Tierleid für KonsumentInnen unsichtbar. Massentierhaltung und unwürdige Tiertransporte nehmen keine Rücksicht auf die Bedürfnisse der Tiere. Wildtiere verlieren weiter an Lebensraum durch Tourismus, Zersiedelung, Infrastrukturprojekte und die industrielle Landwirtschaft. Die Bearbeitung von großen, strukturarmen landwirtschaftlichen Flächen, der Einsatz von Pestiziden und die Zerstörung naturbelassener Biotope bedroht die Artenvielfalt.

Die KPÖ unterstützt folgende Forderungen:

Ökologische und nachhaltige Landwirtschaft

Wir wollen eine Umstrukturierung der Land- und Forstwirtschaft in Richtung Ökologie und Nachhaltigkeit. Ziel ist eine biologische, nachhaltige und global gerechte Landwirtschaft. Tiere sollen artgerecht, ihren Bedürfnissen entsprechend gehalten werden. Dazu braucht es gezielte Förderungen, Transparenz bei der Herstellung tierischer Produkte, hohe europaweite Tierschutzstandards und einen Umdenkprozess im Konsumverhalten.

Mit einem besseren Angebot pflanzlicher Alternativen (z.B. in öffentlichen Kantinen, an Schulen, in Kindergärten, Pflegeheimen oder Krankenhäusern) und begleitender Bewusstseinsarbeit wollen wir den Fleischkonsum auf ein nachhaltiges Niveau senken.

Überlange Tiertransporte sollen durch gesetzliche Beschränkung der Transportstrecke und andere Maßnahmen, wie z.B. das Forcieren des Umstiegs auf Zweinutzungsrasen bei Rindern, verhindert werden.

Überprüfung und Reduzierung von Tierversuchen

Gerade bei der Entwicklung von Medikamenten in der Humanmedizin wird die Verwertbarkeit von Ergebnissen aus Tierversuchen kritisch gesehen. Wir fordern eine wissenschaftliche Überprüfung von Tierversuchen als Testmethode und setzen uns für die Suche nach Alternativen ein. Vorhandene Ersatzmethoden sollen verpflichtend angewendet werden.

Schutz von Wildtieren

Wir sprechen uns für den Schutz des Lebensraums von Wildtieren aus. Dazu zählt der Erhalt von Grünflächen und Altbaumbestand in Städten, genauso wie eine Bearbeitung land- und forstwirtschaftlicher Flächen, die auf die Bedürfnisse der Wildtiere Rücksicht nimmt. Bei Infrastrukturprojekten im Straßenbau muss eine Beeinträchtigung von Wildtierlebensräumen vermieden werden.

Wildtiermanagement: Die Jagd soll nicht auf Profit und Trophäen ausgerichtet sein, sondern nachhaltig und tierschutzgerecht betrieben werden, mit dem Ziel des Erhalts der Artenvielfalt und des biologischen Gleichgewichtes. Ein Auswildern von Tieren soll nur nach behördlicher Genehmigung zur Bestandsstützung erfolgen dürfen und keinesfalls rein jagdlichen Zwecken dienen. Ebenso muss der Transport von Wildtieren streng reglementiert werden. Damit wollen wir das Aussetzen gezüchteter Wildtiere zur reinen Abschussbelustigung unterbinden.

Ende des Pelzhandels: Pelztierfarmen sind in Österreich verboten. Wir streben daher auch ein Verkaufsverbot von importierten Produkten aus derartigen Betrieben an. Als Sofortmaßnahme fordern wir eine Deklarationspflicht von Echtpelz-Produkten nach dem Vorbild der Schweiz, mit klaren Angaben zur Tierart, zur Herkunft des Fells und der Gewinnungsart.

Private Wildtierhaltung: Wildtiere haben sehr spezielle Bedürfnisse. Die private Haltung soll daher durch eine Positivliste erlaubter Tierarten geregelt und ein rechtlich verbindlicher Sachkunde- und Eignungsnachweis eingeführt werden.

Verbot des Singvogelfangs: Obwohl die bestehenden gesetzlichen Regelungen ein Verbot des Singvogelfangs nahelegen, wird unter der Berufung auf Brauchtum das Fangen mit Netzfallen und das anschließende Ausstellen der Singvögel fortgesetzt. Für die Vögel bedeutet diese Tradition enormen Stress.

Haustiere

Wir setzen uns für die Wiedereinführung des Verkaufsverbotes von Hunden und Katzen in Zoofachhandlungen, die Bekämpfung von illegalem Handel mit Welpen und eine EU-weite Chip und Registrierungspflicht für Hunde und Katzen ein. Privatpersonen und kleinen Tier-

hilfvereinen soll das Vermitteln von Tieren über das Internet wieder ermöglicht werden. Rasselisten für Hunde, die höhere Abgaben oder Sachkundenachweise festlegen, sind diskriminierend und sollen daher abgeschafft werden.

Unterstützung von Tierschutzarbeit

Tierschutzorganisationen soll es durch die Einführung eines Verbandsklagerechts erleichtert werden, Tierrechte gerichtlich geltend zu machen. Außerdem sollen Spenden an anerkannte Vereine steuerlich absetzbar sein und das dazu notwendige Verfahren, insbesondere für Tierheime, vereinfacht werden. Durch die Beseitigung von Auslegungsspielräumen von Gesetzen, wie z.B. bei der Identitätsfeststellung, soll Rechtssicherheit für AktivistInnen hergestellt werden.

II. Anträge

Antrag Nr. 1: Republikgründungstag als Nationalfeiertag

*Antragsteller*innen: LO Oberösterreich*

Angenommen mit 5 Gegenstimmen.

Antrag:

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges kam es 1918 zum Sturz der reaktionären Habsburger-Monarchie, nach welcher sich die bürgerliche Demokratie durchsetzen konnte. Daraus entstanden wichtige Grundzüge unseres Sozialstaates. Das Betriebsrätegesetz und die Arbeiterkammern wurden so ermöglicht.

Um der Leistungen der österreichischen ArbeiterInnenbewegung und des demokratischen Fortschritts zu gedenken, fordert die KPÖ, dass der 12. November wie bereits in der 1. Republik wieder zum Nationalfeiertag erklärt wird.

Antrag Nr. 2: Bedingungslosens Grundeinkommen (BGE)

*Antragsteller*innen: BO Landstraße*

Bei 9 Gegenstimmen angenommen.

Antrag:

Im neuen Bundesvorstand soll das Thema BGE durch eine politische Verantwortung aufgewertet werden.

Wir beantragen die Bildung einer Arbeitsgruppe, die ausgehend vom bisherigen Wissensstand Strategien entwickelt, um das Thema kampagnenfähig zu machen.

Begründung:

Seit Jahren setzen wir uns mit dem Thema Bedingungsloses Grundeinkommen auseinander.

Wir stellen allerdings fest, dass diese wesentliche Frage innerhalb unserer Partei und unseren Gremien wenig Gewicht hat und eher nebenher behandelt wurde. Es geht uns um eine verstärkte Debatte in allen Bereichen der Partei.

Wir sehen das Bedingungslose Grundeinkommen nicht in Konkurrenz zu den Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Mindestlohn und anderen arbeitsrechtlichen Forderungen.

Wir erwarten uns von einem bedingungslosen Grundeinkommen die Chance, den teilweise unerträglichen Druck aus dem Arbeitsleben, dem Dauerprekariat und dem Leben der erwerbslosen Menschen herauszunehmen.

Beim bedingungslosen Grundeinkommen geht es um ein neues Grundrecht, das den einzelnen Menschen aus Zwängen befreit und die Gesellschaft voranbringt.

Um zu erfahren, welche längerfristigen Auswirkungen ein bedingungsloses Grundeinkommen auf unsere Gesellschaft hat, muss es erst eingeführt werden!

Antrag Nr. 4: Änderung des Statuts

*Antragsteller*innen: Bundesvorstand*

Bei 20 Gegenstimmen mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Der Parteitag beschließt folgende Statutenänderung:

Der Satz im § 3.1 im Statut

„Wer Mitglied der KPÖ ist, kann nicht zugleich Mitglied einer anderen Partei sein“

soll um den Passus ergänzt werden:

„außer es handelt sich um eine Partei, die nicht in einem Konkurrenzverhältnis zur KPÖ steht, was im jeweils konkreten Fall der Bundesvorstand zu beurteilen und zu entscheiden hat.“

Antrag Nr. 6: Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei

*Antragsteller*innen: David Dimko, Samuel Seitz, Simon Neuhold, David Heck, Andrej Trauner, Roland Steixner, Rudi Gabriel, Bernhard Gaishofer*

Einstimmig angenommen.

Antrag:

Die KPÖ spricht allen inhaftierten Abgeordneten, Journalist*innen und einfachen Aktivist*innen in der Türkei ihre volle Solidarität aus. Wir sehen uns dazu verpflichtet, allen demokratischen Kräften und im besonderen Maße den Genoss*innen der HDP in ihrem Kampf gegen den türkischen Faschismus beizustehen.

Begründung:

Die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre in der Türkei sind erschreckend. Tausende einfache Menschen werden genauso terrorisiert wie Mitglieder der Oppositionsparteien oder unabhängige Medien. Jeden Tag erleben wir weitere Einschränkungen der demokratischen Freiheiten. Außerdem geht die polizeiliche und militärische Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Südosten der Türkei in unverminderter Härte weiter. Aus diesen Gründen rufen wir auf zur politischen Solidarität mit den demokratischen Kräften der Türkei, den

Gewerkschaften, den verfolgten politischen Parteien, den demokratischen Medien und den Organisationen der Zivilgesellschaft. Ihre Handlungsfreiheit muss wieder hergestellt werden.

Antrag Nr. 7: Stärkung der Rechte von intersexuellen Personen

*Antragsteller*innen: David Dimko, Samuel Seitz, Simon Neuhold, David Heck, Andrej Trauner, Roland Steixner, Rudi Gabriel*

Mit einer Gegenstimme angenommen.

Die KPÖ fordert, dass die Rechte von intergeschlechtlichen Menschen auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung sichergestellt werden. Sie betrachtet nicht konsensuelle medizinische und psychologische Behandlungen aus sozialen, psychosozialen, kulturellen oder kosmetischen Gründen als rechtswidrig. Insbesondere fordert die KPÖ zum Schutz für Kinder das sofortige Verbot von geschlechtsnormierenden operativen Eingriffen bei unter 14-Jährigen. Ein geschlechtsneutraler Eintrag soll verbindlich auf Dokumenten zur Verfügung stehen.

Begründung: Ein strikt binäres Denken in Sachen Geschlechtern ist schon lange nicht mehr zeitgemäß. Intergeschlechtliche Menschen, das sind Personen, bei denen nicht biologisch festgestellt werden kann ob sie männlich oder weiblich sind, werden häufig nicht entsprechend wahrgenommen sondern ausschließend oder pathologisierend beurteilt und diskriminiert. Häufig werden intergeschlechtliche Menschen bereits kurz nach der Geburt ohne klare medizinische Indikationsstellung für eine Heilbehandlung „umoperiert“. Derartige Behandlungen sind nicht lebensrettend und können zeitlich durchaus verschoben werden. Diese Operationen - offensichtlich ohne das Einverständnis der betroffenen Personen - passieren lediglich nach Gutdünken von Eltern/Ärzten und wirken oft traumatisierend und entsprechen nicht den späteren Wünschen von intergeschlechtlichen Menschen.

Antrag Nr. 8: Forcierung der kommunalpolitischen Arbeit

*Antragsteller*innen: David Dimko, Samuel Seitz, Simon Neuhold, David Heck, Andrej Trauner, Rudi Gabriel, Bernhard Gaishofer*

Einstimmig beschlossen.

Antrag:

Die KPÖ intensiviert und unterstützt vermehrt kommunalpolitische Initiativen die von ihren Bezirksorganisationen ausgehen. Kommunalwahlen werden vermehrt in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt.

Begründung:

Trotz des ernüchternden Ergebnisses zeigt sich das dort wo es kommunale Vertretungen gibt die Ergebnisse der Partei weitaus höher sind. Oft drohen aber eine Überalterung der Parteistrukturen. Dort wo es bisher nur eine Handvoll AktivistInnen gibt ist ein Antritt oft nicht möglich. Deswegen braucht es eine Fokussierung auf die Orte, Städte und Bezirke in denen bereits Partearbeit ausgeübt wird, diese aber oft nur an Einzelpersonen hängt.

Mitgliedergewinnung, Schulung der AktivistInnen und Hilfeleistungen vor Ort sind nötig um diese Probleme zu lösen.

Antrag Nr. 9: Wiederbelebung der Gruppe red:out!

*Antragsteller*innen: David Dimko, Samuel Seitz, Simon Neuhold, David Heck, Roland Steixner
Einstimmig angenommen.*

Antrag:

Die KPÖ macht es sich zum Ziel, die Gruppe red:out zu reaktivieren. Der künftige Bundesvorstand wird damit beauftragt, diesen Prozess zu unterstützen.

Begründung:

Der Hass auf Personengruppen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität nicht in das konservative Familienbild passen, ist weltweit wieder auf dem Vormarsch. Der Umgang damit ist in der Partei zwar vorbildlich, trotzdem ist die Gruppe red:out inaktiv geworden. Sie wäre eine Möglichkeit, in der Themenarbeit der Partei aktiv zu werden, sich zu vernetzen und neue Mitglieder zu gewinnen.

Antrag Nr. 13: Kulturpolitik

*Antragsteller*innen: Josef Iraschko
Mit einer Gegenstimme angenommen.*

Antrag:

Die Kommunistische Partei Österreichs wird alle Anstrengungen unternehmen, um im Kultursektor wieder die Rolle zu spielen, die ihr in den 1950/1960/1970er Jahren sehr große gesellschaftspolitische Reputation gebracht hat. Die Unterstützung bestehender und von der KPÖ bereits erfolgreich gespielter Kulturräumlichkeiten wie beispielsweise das „WERKL IM GOETHEHOF“ sollte stärker als bisher Teil der gesellschaftspolitischen Arbeit der Partei sein, bzw. werden. Darüber hinaus soll die Partei den kulturellen Aspekt in den sozialen Medien stärker in den Vordergrund rücken. Ein Erfahrungsaustausch zur Kulturarbeit mit der KPÖ Linz und dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark soll in absehbarer Zeit stattfinden.

Begründung:

Die Kultur der genannten Jahre trug zu einem großen Teil zur gesellschaftlichen Anerkennung der Partei bei. Große internationale anerkannte Namen bekannten sich zur Partei und stellten einen hohen multiplikativen Wert zur Akzeptanz kommunistischer Politik dar.

Durch die allseits bekannten historisch negativen Ereignisse ging dieser gesellschaftspolitische Multiplikator zum großen Teil verloren. Die Wiedererringung dieser Wertschätzung ist in kleinen Ansätzen teilweise zwar gelungen, steht aber nach wie vor auf sehr schwachen Füßen, auch auf Grund mangelnder parteiinterner Akzeptanz. Dies gilt es auch im eigenen Selbstverständnis aller Parteimitglieder und darüber hinaus zu ändern!

Antrag Nr. 14: Diskussion über Verstaatlichung

*Antragsteller*innen: Andreas Auzinger*

Mit 40 Stimmen dafür und 19 dagegen bei 23 Enthaltungen angenommen.

Antrag:

Die KPÖ soll sich vermehrt mit der Diskussion und Position für den Aufbau einer (neuen) verstaatlichten Wirtschaft beschäftigen.

Begründung:

In Österreich wurde nach dem Zweiten Weltkrieg ein großer Teil der Industrie verstaatlicht, um den Wiederaufbau zu garantieren und da es (vorerst) keine privaten Investoren gab, die bereit waren privates Kapital in die vom Krieg zerstörte Wirtschaft zu investieren. Die damalige KPÖ legte einen Entwurf zum Verstaatlichtengesetz 1947 vor, wo noch weitreichendere Verstaatlichungen vorgeschlagen wurden, ein Entwurf der stark von den Verstaatlichungen der (späteren) realsozialistischen Länder inspiriert war.

Heute haben wir die Situation dass es zu einer rasanten Veränderung in der Arbeitswelt kommen wird durch die sogenannte "Industrie 4.0". Viele Arbeitsplätze sind durch Automatisierung bedroht und oft kommt es zu Prekarisierung. Nur mit einem starken öffentlichen, verstaatlichtem Sektor kann man dem entgegensteuern und den technischen Fortschritt in soziale Bahnen lenken.

Auch der Umweltschutz wird von im privaten Bereich mit Samthandschuhen angerührt, aktuelles Beispiel sind die Abgasskandale bei deutschen Automobilkonzernen. Jahrzehntlang, solange das Geld geflossen ist wurde wenig in neue Technologien investiert.

Der Verstaatlichte Sektor wird oft umgangssprachlich als "geschützter Bereich" diffamiert. Hierbei stellt sich die Frage was schlecht an Schutz sein soll.

Der Entwurf zum Verstaatlichtengesetz 1947 kann hier eine Grundlage für eine neue Positionierung der heutigen KPÖ sein, wobei sich natürlich im Laufe der Zeit etwas geändert hat; z.B. war 1947 die Anzahl der Beschäftigten die Grundlage ob ein Unternehmen wirtschaftlich ins Gewicht fällt, heute würde das wahrscheinlich am Jahresumsatz gemessen.

Antrag Nr. 15: Optisches Erscheinungsbild der KPÖ in der Öffentlichkeit und in Wahlkämpfen

*Antragsteller*innen: Paul Beder, Alexandra Benedik, Susi Steiner, Christoph Kepplinger, Nikolaus Hamann*

Bei 10 Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen

Antrag:

Immer wieder fällt auf, dass die KPÖ kein allgemeines und somit auf den ersten Blick als Identifizierungsmerkmal funktionierendes optisches Schema verwendet. Damit wird unser ohnehin mühsames Streben nach öffentlicher Beachtung zusätzlich erschwert.

Der 37. Bundesparteitag möge daher beschließen, dass für die Zukunft in Abstimmung mit allen Landesorganisationen ein einheitliches Erscheinungsbild der KPÖ nach außen entworfen wird, um auf allen Ebenen mit derselben Optik auftreten zu können und somit ein

kontinuierlicher Wiedererkennungswert geschaffen wird. Eine entsprechende Arbeitsgruppe dafür ist einzurichten.

Das betrifft das Design von Websites, Foldern, Broschüren, Zeitungen, Plakaten, Transparenten, Briefköpfen und sonstiger optischer Kommunikationsmittel auf EU-, Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene und für langfristige Nutzung.

Dies muss auch für das Antreten zu Wahlen unter anderen Listenbezeichnungen und in Bündnissen gelten, hier ist selbstverständlich darauf zu achten dass das Design allfällige Bündnispartner klar erkennbar einbezieht bzw. Raum für bereits vorhandene Designs lässt und eine kreative Synthese aus den Designs ermöglicht, zB unsere Auftritte als/mit „PolDi“, „ANDAS“, „KLS“ und weitere.

Das einheitliche Design ist also derart zu gestalten, dass es einerseits Erkennungswert schafft und andererseits genug Raum für Gestaltung lässt.

Dort wo die KPÖ in Bündnissen antritt soll dieser Beschluss selbstverständlich als Einladung zur Nutzung des Wiedererkennungswertes von Kampagnen auf anderen Ebenen verstanden sein, um nicht den Eindruck zu erzeugen dass der Parteitag den Bündnissen etwas diktiert.

Begründung:

Mit dem Verzicht auf ein einheitliches Design des Erscheinungsbilds der KPÖ in der Öffentlichkeit wird ohne Notwendigkeit ein entscheidender Vorteil für die Wahrnehmung unserer Ideen und Positionen aufgegeben. Eine Verstärkung und ein Wiedererkennen der Präsenz einer linken politischen Kraft in Österreich ist auf diese Art nicht möglich.

Gelingt es hingegen, eine optische Präsenz zu schaffen die den BetrachterInnen auf den ersten Blick die Verbindung „oh, die KPÖ und ihre Partner“ ermöglicht muss sich mittelfristig ein breiter Wiedererkennungswert einstellen.

Der Verweis auf andere politische Kräfte mit seit Jahrzehnten identem Erscheinungsbild ist müßig, wir alle kennen die Drucksorten im Postkasterl die wir sofort identifizieren und entsorgen.

Auch wenn es Bedenken seitens lokaler Gruppen und von Bündnispartnern geben kann, die eigenständige Designs entwickelt haben: Im Sinne einer Nutzung des Wiedererkennungswertes bei Kampagnen auf verschiedenen Ebenen kann sich die KPÖ samt ihren Partnern nicht leisten, diesen Vorteil nicht zu nutzen.

Dennoch ist diese Idee als Angebot und keinesfalls als Zwang zu verstehen.

Antrag Nr. 16: Umgang der KPÖ mit Religionskritik

*Antragsteller*innen: Paul Beneder, Susi Steiner, Christoph Kepplinger, Nikolaus Hamann*

Mit deutlicher Zustimmung angenommen.

Antrag:

Der 37. Parteitag möge den zukünftigen Bundesvorstand damit beauftragen, eine Position zur gegenwärtigen Religionskritik zu entwerfen und als programmatische Forderung zu etablieren.

Eine entsprechende Arbeitsgruppe dafür ist einzurichten, nach Möglichkeit sowohl unter Teilnahme von GenossInnen, die diversen Religionen oder Konfessionen angehören und solchen, auf die das nicht zutrifft.

Begründung:

In den letzten Monaten bzw. Jahren ist eine verschärfte und vor allem einseitige Kritik samt Stimmungsmache gegen die Religion „Islam“ zu bemerken. Ausgangspunkt sind rechte und rechtsextreme politische Gruppierungen und Parteien, als Kommunikationsschiene dienen diverse Boulevardmedien.

Die Einschränkung der Kritik auf diese eine bestimmte Religion ist aus linker Sicht absolut zurückzuweisen, deren Herausgreifen ist eine Maßnahme zur Spaltung der Menschen und somit nicht hinnehmbar.

Kritik an organisierter Religion und deren Auswirkungen auf die Menschen darf keineswegs der politischen Rechten überlassen werden, es muss einen Beitrag aus linker Sicht als Gegenentwurf geben unter Berücksichtigung besonders folgender Punkte:

- Es ist zu unterscheiden, ob ein Mensch für sich alleine religiös ist in spirituellem Sinn oder ob die Religiosität vieler Menschen von einigen wenigen ausgenutzt wird um ihnen Verhaltensweisen, ethische Vorstellungen und politische Positionen aufzuzwingen.
- Religion ist ein individuelles Recht jedes einzelnen Menschen. Das kann nicht bedeuten, dass ein Mensch anderen Vorschriften macht oder Verhaltensweisen vorgibt mit der Argumentation, dass dies durch Religion vorgeschrieben sei.
- Religionsfreiheit kann nicht die Freiheit bedeuten, die eigene Religion anderen aufzuzwingen, auch nicht den eigenen Kindern.
- Die Menschen sind dazu aufzurufen, ihre Religiosität zu reflektieren, statt sie unhinterfragt als Bestandteil ihres Denkens und Handelns hinzunehmen.
- Es ist in diesem Sinne in Erinnerung zu rufen, dass organisierte Religion seit jeher als Werkzeug der Herrschenden zur Rechtfertigung ihrer Macht sowie zur Ausbeutung und zur Unterdrückung der Massen genutzt wurde und wird.